

Deutsch-Chinesische Nachrichten

Einzig Tageszeitung
deutscher Sprache in Ostasien

德華日報
Eingetragen als Zeitung
auf dem Chines. Postamt.

報之立掛特郵中
報券號雅政華

Motto:
Ohne Rücksicht auf Parteien
Treu der alten Heimat und der neuen.

3. Jahrgang

Tientsin, Dienstag, den 4. Oktober 1932.

Nummer 615

Lytton Bericht

Die Aufnahme des Berichtes in Tokio.

Tokio, 2. Oktober (Reuter). Wider alle Erwartungen haben die Militärbehörden den Lytton-Bericht mit vorbildlicher Ruhe entgegengenommen. Sie schätzen das Werk der Kommission, und ein Gewährsmann vom Kriegsministerium sagte heute der Presse, dass das Kriegsministerium, nachdem es den Auszug aus dem Berichte studiert hat, keine Notwendigkeit sieht, die Gesichtspunkte zu ändern, die der Aussenwelt schon bekannt sind. Das Kriegsministerium vertraue darauf, dass der Völkerbund und die Mächte allmählich zu einem Verständnis für die Gerechtigkeit und Ehrlichkeit des japanischen Standpunktes kommen werden.

Tokio, 2. Oktober (Reuter). Die erste Äusserung des Auswärtigen Amtes auf den Lyttonbericht lautet: „Kleine Ausstellungen an dem 1., 2., 3., 7. und 8. Kapitel. Heftige Kritik am 6. Kapitel, da dieses den Wert des ganzen Berichtes herabsetzt und unter starker Voreingenommenheit geschrieben zu sein scheint.“ Allgemein gesprochen betrifft die Kritik an dem Bericht, den Umstand, dass er sich fehlerhafterweise auf die Mandchurei beschränkt und sich zu wenig mit China und dem Fernen Osten im Allgemeinen befasst. Sonst würde die Kommission nicht das 9. und 10. Kapitel in ihren Bericht eingeschlossen haben, wenn sie genau den Umfang ihrer Aufgaben nach dem Beschlusse des Völkerbundes verstanden hätten. Es wird aber trotzdem zugegeben, dass auch diese beiden Kapitel einige „nützliche Schlussfolgerungen“ ziehen.

Die Hauptpunkte, die sonst noch kritisiert werden, sind die Behauptung in Kapitel 8, dass Japans Verlangen nach einer besonderen Stellung in der Mandchurei unverträglich mit dem Neun-Mächte-Abkommen sei und die Behauptung des Kapitels 4, dass die Sprengung der Eisenbahn am 18. September abends das militärische Vorgehen nicht rechtfertigte, und dass das Vorgehen daher die Grenze des Selbstschutzes überschritten habe.

Nach einem Gewährsmann steht das Auswärtige Amt auf dem Standpunkte, dass der Mann an Ort und Stelle am besten darüber urteilen könne, welches Vorgehen notwendig sei. Daher sei es unmöglich, die Schlussfolgerung der Konvention anzunehmen, obgleich man damit zufrieden ist, dass die Kommission die japanische Armee nicht als Angreifer gebrandmarkt hat.

Bezgl. Kapitel 6 scheint sich die Kommission zufrieden gegeben zu haben mit der Meinung, die ungenannte Chinesen ausgesprochen haben, und die sie ernst genommen habe, während sie dem Zeugnis der Japaner und der Mandchuguo anscheinend keinen Glauben beigemessen habe. Der Gewährsmann betonte hierbei, dass die Kommission nur 14 Tage in der Mandchurei gewesen sei. Das sei völlig ungenügend, besonders da der Besuch zu einer Zeit erfolgte, als die Mandchuguo gerade erst errichtet war und alles noch nicht seinen rechten Schick hatte. Ausserdem ist die Kommission bewusst oder unbewusst und unrechtmässigerweise durch ihren langen Aufenthalt dann in Peking durch Chang Hsueh-liang beeinflusst worden.

Die beiden Schlusskapitel enthalten, wie der Gewährsmann sagte, einige nützliche Schlussfolgerungen, aber er betonte, dass Japan niemals die Einmischung einer dritten Partei in die Regelung des mandchurischen Streitess zulassen werde.

Seiner Ansicht nach liegt für chinesisch-japanische Verhandlungen nicht die rechte Begründung vor, obgleich die Anregungen bezgl. der Mandchurei angewandt werden könnten auf die Beziehungen zwischen China und den Mächten, z. B. wäre die Errichtung einer Art von internationaler Kontrolle ganz interessant. Der Gewährsmann sprach seine Anerkennung aus für das mühevollen Werk der Kommission, fasste aber seine Gefühle gegenüber dem Berichte in die folgenden Worte zusammen: „Der Bericht enthält viel, das ungerecht gegen Japan ist, aber nichts, das China Unrecht tut.“ Er erklärte, dass die Regierung sich der Behauptung energisch widersetzen werde, dass die mandchurische Unabhängigkeitsbewegung vom japanischen Generalstab angeregt und unterstützt wurde.

Zum Schluss gab der Beamte zu verstehen, dass Japan sich auf eine Erklärung beschränken wird, welche die falschen Darstellungen und falschen Auffassungen im 1. und 8. Kapitel widerlegen wird.

Der Standpunkt der englischen Presse.

London, 3. Oktober (Reuter). „Daily Telegraph“ (konservativ) sagt, dass der Lytton Bericht einen ernsthaften und tiefen Versuch darstelle, Recht und Unrecht in diesen hoissumstrittenen Fragen festzu-

stellen. Er wird den glühenden Anhängern des Völkerbundes nicht gerecht, welche Japan beschimpfen und in ihm den Verletzer der Rechte eines schwächeren Staates sehen. Obgleich der Bericht die Abtrennung der Mandchurei von China als nicht zulässig bezeichnet, muss er doch anerkennen, dass Japans Interessen durch die chinesische Wirtschaft schwer gelitten haben.

Die Empfehlungen des Berichtes zur Lösung halten sich an die Ehre Chinas sowohl als Japans und zeigen einen gesunden Sinn, doch „unglücklicherweise ist die Aussicht auf einen Erfolg für den Völkerbund sehr gering, da für Tokio die mandchurische Frage schon erledigt ist. Ein grösseres Hindernis noch für die Regelung ist der Schluss, zu dem der Bericht kommt, dass „eine starke Zentralregierung in China notwendig“ sei. Wenn eine Lösung auf die Erfolge einer „internationalen Beihilfe beim inneren Aufbau von China“ warten soll, dann muss er warten, bis er schwarz wird. Es ist die politische Wahrheit über China, welche Japans Vorgehen in Sicherung seiner Lebensinteressen in der Mandchurei wenn nicht völlig rechtfertigt, so doch erklärt.

„Daily Herald“ (Arbeiterpartei) sagt, dass der Lytton Bericht Japan schuldig findet. Angesichts dieses Urteils ist es „schwierig zu sehen wie Sir John Simon noch das Vorgehen Japans billigt.“ Die Aussichten, dass der Völkerbund eine Regelung erzielt, sind gering. Wenn Japan die Annahme der Regelung verweigert, „dann muss der Völkerbund den nächsten Schritt tun — (der Herald sagt nicht welchen) oder wir müssen zu der Herrschaft der rohen Gewalt wieder zurückkehren.“ Glücklicherweise kann der Völkerbund auf die volle Mitwirkung der Vereinigten Staaten bei allen Massnahmen rechnen, welche die Majestät des Gesetzes sichern sollen.

Die „Daily Mail“ findet, dass der Lytton Bericht zu nichts führt. Er ist nicht so japanfeindlich wie viele vorausgesehen haben. Aber er ist entschieden chinafreundlich. Er legt kein entsprechendes Gewicht auf die sehr wichtige Tatsache, dass ohne Japans Opfer im Kriege 1904/5 die Mandchurei heute eine Provinz von Sowjetrußland sein würde.

Die Vorschläge der Kommission erfordern jahrelange Verhandlungen und Konferenzen. Solche Ordnung und solche Sicherheit wie die japanischen Interessen sie verlangen, ist bei dem heutigen China unmöglich.

„The Mail“ bittet Sir John Simon dringend, keinen Antrag zu unterstützen, der zu Japans Austritt aus dem Völkerbund führen würde. Das würde nur grosse Schwierigkeiten aller Art geben. Die Zeitung kommt zu dem Schlusse, dass Japans Anwesenheit in der Mandchurei ebenso natürlich und heilsam sei, wie die Anwesenheit der Engländer in Indien und Aegypten.

„Morning Post“ (konservativ) hält sich an die Erklärung Lord Lyttons von der Notwendigkeit einer starken Zentralregierung in China und fürchtet, dass Chinas Bestimmung vielleicht sein möchte, auseinanderzufallen. Die Zeitung sagt, dass die Mandchuguo im Norden existiert. Kanton im Süden ist praktisch unabhängig und eine Sowjetrepublik besteht in der Mongolei. Nankings Autorität erstreckt sich in keiner Richtung allzuweit. Die chinesische Republik als Herrscher Chinas ist doch nur eine höfliche Fiktion. Wenn Japan und die Mächte sich darüber vereinbaren könnten, eine starke Zentralregierung wieder zu schaffen, so würde es ein sehr gutes Werk sein. Aber das kann wahrscheinlich nicht getan werden.

„News Chronicle“ (Liberal) bittet MacDonald inständigst seinen Einfluss in der Aussenpolitik auszuüben. Die Zeitung behauptet, dass die Behandlung der mandchurischen Frage schlapp gewesen sei. Es sei eine klare Linie vermisst worden, welche Grossbritannien mit den Vereinigten Staaten in einer entschiedenen Politik zusammenführte, welche die anderen Mächte angenommen hätten und auch Japan respektiert hätte.

Der Bericht ist ein klarer Prüfstein für die Eignung des Völkerbundes. Wir nehmen nicht an, dass Japan die Ergebnisse der Kommission anders als mit Achtung aufnehmen wird. Die Sicherheit für alle europäischen Regierungen hängt davon ab, dass sie eine einige Front bilden. Aber das allerwichtigste ist, dass Grossbritannien und die Vereinigten Staaten im Einklang miteinander sind. Das Vertrauen in die Regierung MacDonald und der Glaube in ihre Versicherung, dass sie das ganze Land vertritt, würde schwer erschüttert werden, wenn sie nur die Ereignisse abwartet.

„Daily Express“ gibt keinen Kommentar.

Hindenburgs Geburtstag.

Berlin, 2. Oktober (T. O. A.) (Zum grössten Teil verstümmelt). Auch die Kinder und alle Schichten der Bevölkerung von Deutschland aus fernen Gegenden des Reiches wünschten Hindenburg Glück, Gesundheit und weitere Stärke im Dienste für das Land. Am meisten rührte wohl das Herz des alten Soldaten der Besuch, den ihm eine Abordnung aller der Regimentsverbände, die unter ihm gedient haben, abstatteten. Sie brachten ihm die ruhmreichen Fahnen des Krieges. Eine ungeheure Menschenmenge wohnte diesem Aufzuge bei.

Die meisten Zeitungen bringen auf der ersten Seite das Bild des alten Reichspräsidenten mit Artikeln, die die beste Wünsche für ihn aussprechen. Die „Vossische Zeitung“ bringt einen Hindenburgaufsatz, den Sir Hamilton geschrieben hat, der Oberkommandierender der alliierten Dardanellen Armee gewesen ist und jetzt Vorsitzender der britischen Frontkämpfer-Vereinigungen. Der britische General erklärt, dass Hindenburg wie Bismarck als Turm in seinem Lande rage; Millionen Wünsche fliegen ihm zu und aller Augen sind mit Sorgen aber Hoffnung auf ihn gerichtet. Er sagt, es möge ihm, als alten General, der einstmal der Führer von feindlichen Armeen gewesen sei, erlaubt sein, seinen ehrerbietigen Wunsch auszusprechen, dass Hindenburg noch lange an der Spitze seines Volkes und Landes stehen möge.

In derselben Weise bezeichnet Schwedens führender Bankier, Markus Wallenberg, Hindenburg als „starken und sicheren Anker, zu dem Deutschland immer zurückkehrt, wenn der Sturm tobt.“

Im „Heimatsdienst“ schreibt der Kanzler v. Papen einen Glückwunschaufsatz, worin er sagt, dass verschiedene politische Parteien sich Hindenburg angeschlossen hatten in der Hoffnung auf Vorteile für ihre Partei. Diese Hoffnungen haben sich aber immer wieder und wieder als vergeblich erwiesen.

Die Parteien täuschten sich schwer. In diesem Sommer hatte Hindenburg beschlossen zu einem Vorgehen aufwärts und in Richtung auf eine neue Form der Staatsmannschaft zu schreiten. Dieses Werk des Wiederaufbaus würde das kommende neue Jahr von Hindenburgs Leben ausfüllen. Kein Mensch, sagt der Reichskanzler, könne jetzt beurteilen, wohin der Weg führe, aber eins könne man mit Bestimmtheit behaupten, es würde ein schlechter Dank für die Dienste sein, die Hindenburg im Lande geleistet hat, wenn sich der Reichstag gegen ihn stellt.

Die „Börsenzeitung“ schreibt: „Das Elend klopft wieder an unsere Türe. Gebieterischer als jemals und furchterregender als jemals. Will sich dabei unser Volk im inneren Streite erschöpfen? Die Frage, die das Schicksal stellt, richtet sich nicht auf ihn, sondern auf das Volk, denn Hindenburg hat stets nach der Weisung seines Gewissens und des von ihm der Verfassung geleisteten Schwures gehandelt.“

„Die Deutsche Allgemeine Zeitung“ schliesst einen sehr gut geschriebenen Aufsatz mit den Worten: „Die Geschichte wird erzählen, dass Hindenburg die Hauptrolle bei der Wiedergeburt der Nation gespielt hat. Zugleich mit dem ehrerbietigen Danke für den grossen Dienst, den er uns erwiesen hat . . . (verstümmelt).“

Der Veteran der deutschen liberalen Presse, Theodor Wolff, schreibt im „Tageblatt“: „Niemand auf den die Augen der Welt gerichtet sind, könnte einfacher sein und weniger eitel und man kann sagen, dass seine Volkstümmlichkeit darauf beruht, dass er nach ihr nicht hascht. Der demokratische Börsenkurier schreibt: Auch die politischen Gegner Hindenburgs können die Tatsache nicht abstreiten, dass sein Dasein ein Geschenk Gottes sei, in einer Zeit wo solche Geschenke so sehr selten sind. „Das national-sozialistische Organ in Berlin“ Der Angriff „preist in einem Aufsatz Hitler und wünscht Hindenburg Glück. Die kommunistische Presse übergeht die Feier mit Stillschweigen. Ein Missklang brachte in die Presse die sozialdemokratische Zeitung „Vorwärts“, welche das Präsidialkabinett heftig bekämpft. Die Zeitung schreibt: „Wenn die Sozialdemokraten, die vor sechs Monaten im Kampfe gegen schwere politische Gefahren sich bereitfinden Hindenburg ihre Stimme zu geben, jetzt nicht in der Lage sind, wirklichen Anteil an der Feier zu nehmen, so liegt der Grund dazu in einer Reihe von Ereignissen, welche . . . (verstümmelt).“

Ein Schuss in den Völkerbund.

Genf, 2. Oktober (T. O. A.) Der Mann, der am Sonnabend abend einen Schuss in den Völkerbund abgegeben hat, ist ein 42-jähriger Rechtsanwalt, namens Budai, der erklärte er hätte den Schuss abgegeben, weil er sich gegen Verunglimpfungen durch Zeitungen habe schützen wollen, welche seine Existenz bedrohen.